



Quelle: Adobe

## Düngerpolitik der EU: Klimaschutz trifft auf Kostenkrise der Landwirtschaft

Ute Pappelbaum

**Die europäischen Landwirte stehen unter Druck: Hohe Betriebsmittelkosten treffen auf schwache Erzeugerpreise. Besonders im Ackerbau verschärft sich die Margensituation. Vor diesem Hintergrund sorgt eine Entscheidung aus Brüssel für wachsenden Unmut in der Branche. Wie das Fachmedium agrarheute berichtet, hält die EU-Kommission am CO<sub>2</sub>-Grenzausgleich für Düngemittel fest – trotz Forderungen nach Entlastung.**

### Politische Prioritäten statt kurzfristiger Entlastung

Konkret geht es um den sogenannten Carbon Border Adjustment Mechanism (CBAM), der Importe energieintensiver Güter mit einem CO<sub>2</sub>-Aufschlag versieht. Für Stickstoffdünger wurde dieser Satz zum Start Anfang 2026 zwar von ursprünglich geplanten zehn Prozent auf ein Prozent reduziert. Eine vollständige Aussetzung lehnt die Kommission jedoch ab. Unterstützung erhält diese Linie aus Deutschland. Im EU-Agrarrat verteidigte die Bundesregierung den Grenzausgleich als zentrales Instrument des Klimaschutzes und der industriellen Resilienz. Auch andere Mitgliedstaaten, etwa Dänemark, stellen sich hinter diesen Kurs. Demgegenüber drängen Frankreich und Italien auf eine Aussetzung oder zumindest auf finanzielle Ausgleichsmechanismen für die Landwirtschaft. Industriepolitik mit Nebenwirkungen Der CBAM ist in erster

Linie ein industriepolitisches Instrument. Er soll verhindern, dass CO<sub>2</sub>-intensive Produktion in Länder mit laxeren Klimaregeln abwandert. Gleichzeitig schützt er europäische Hersteller – auch in der Düngemittelindustrie.

### Genau hier liegt der Zielkonflikt:

Was die Industrie stabilisiert, verteuert die Vorleistungen der Landwirtschaft. Stickstoffdünger ist stark energiepreisabhängig, insbesondere vom Gaspreis. Europäische Produzenten haben strukturell höhere Kosten als internationale Wettbewerber. Der Grenzausgleich reduziert den Preisdruck durch günstigere Importe – und stabilisiert damit ein insgesamt hohes Preisniveau. Für Landwirte bedeutet das: Sie zahlen weiterhin vergleichsweise hohe Preise für einen zentralen Produktionsfaktor, ohne diese Kosten am Markt weitergeben zu können.

### Entlastung bleibt begrenzt

Zwar hat die EU parallel Zölle auf Stickstoffdünger aus Drittstaaten – mit Ausnahme von Russland und Belarus – ausgesetzt. Laut Kommission ergibt sich daraus eine Entlastung von rund 60 Millionen Euro. Im Verhältnis zum Gesamtmarkt fällt dieser Effekt jedoch gering aus. Branchenvertreter sehen darin keine substantielle Lösung für die aktuelle Kostenbelastung.

## Strukturelle Folgen für den Agrarsektor

Die Entscheidung verdeutlicht ein grundlegendes Muster europäischer Wirtschaftspolitik: Klimaschutzinstrumente wirken entlang der industriellen Wertschöpfungsketten – und treffen nachgelagerte Sektoren oft indirekt, aber spürbar. In der Landwirtschaft zeigt sich das besonders deutlich:

- Betriebe haben kaum Preissetzungsmacht
- Kostensteigerungen wirken unmittelbar auf die Marge
- Anpassungsreaktionen erfolgen verzögert und oft strukturell (Betriebsaufgaben, Flächenkonzentration)

Der Verweis der EU-Kommission auf einen angekündigten Aktionsplan zur Düngemittelversorgung im Mai unterstreicht, dass der Handlungsbedarf erkannt ist. Kurzfristig jedoch bleibt es bei einer Politik, die industrie- und klimapolitische Ziele priorisiert.

## Ein asymmetrischer Anpassungsdruck

Damit verschiebt sich die Last der Transformation teilweise in den Agrarsektor. Während industrielle Produzenten durch Schutzmechanismen stabilisiert werden, fungieren Landwirte als Anpassungspuffer. Langfristig könnte dies die Wettbewerbsfähigkeit der europäischen Landwirtschaft schwächen – insbesondere im internationalen Vergleich. Ohne gezielte Kompensation droht eine Verstetigung hoher Inputkosten bei gleichzeitig volatilen Erzeugerpreisen. Die Folge wäre ein beschleunigter Strukturwandel – nicht als politisches Ziel, sondern als Nebenwirkung regulatorischer Prioritätensetzung.

Versicherungs- und Finanznachrichten

# expertenReport



<https://www.experten.de/id/4949161/eu-cbam-duengerpreise-landwirtschaft-analyse/>